



Rede

des Vorsitzenden der CDU-Fraktion
im Landtag von Baden-Württemberg,

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL,

zur

Aussprache über den Einzelplan 02
im Rahmen der
zweiten Beratung des Landeshaushalts 2017

Stuttgart, 8. Februar 2017

Es gilt das gesprochene Wort.

„Frau Präsidentin,
verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die CDU-Fraktion befürwortet und unterstützt den Haushaltsplan 2017 aus voller Überzeugung.

Wir haben den Haushaltsentwurf in den Ausschüssen intensiv beraten und ihm als Parlament unseren Stempel aufgedrückt.

Die Landtagsmehrheit hat diesen Haushalt in einem Umfang und in einer Tiefe mitgestaltet wie selten zuvor in der Landesgeschichte.

Änderungen im Gesamtvolumen von 685 Mio. Euro haben wir auf parlamentarischem Weg eingearbeitet.

Wir demonstrieren damit: Dieses Parlament nimmt sein Königsrecht aktiv und kraftvoll wahr.

Ein selbstbewusster Landtag tut unserer Demokratie gut – gerade in Zeiten wie diesen.

Der Haushalt 2017, wie er jetzt vorliegt, ist die in Zahlen gegossene Kunst des Möglichen:

Wir öffnen Spielräume für die Zukunftsfähigkeit des Landes und schaffen es, dass dieser Haushalt strukturell klar gesünder ist als seine Vorgänger.

Es ist ein Haushalt der Tatkraft. Denn wir investieren kräftig in die Substanz des Landes, in Straßen, Gebäude, Wohnungen, digitale Infrastruktur und innere Sicherheit.

Und es ist vor allem ein Haushalt der intelligenten Vorsorge:

Denn wir schaffen sinnvolle haushaltspolitische Pufferzonen gegen den anhaltenden Spardruck und die Unsicherheiten der nächsten Jahre.

Das ist kluges, strategisches Risikomanagement auf dem Weg zur Schuldenbremse und zukunfts-gerichtete Politik für Baden-Württemberg.

Das strukturelle Haushaltsloch aus der Ära Nils Schmid wird uns auch 2018 und 2019 noch beschäftigen. Das ist eine Tatsache.

In Wahrheit schwimmen wir nicht im Geld, wie uns die Kollegen der SPD weismachen wollen.

Sondern wir sitzen vielmehr auf einem massiven Konsolidierungsrückstand, den Sie uns hinterlassen haben und den wir jetzt auflösen.

Die SPD macht es sich sehr leicht und behauptet jetzt, es gehe doch alles auf einmal: sanieren, investieren und auch noch Schulden tilgen.

Dafür machen Sie aber eine klassische Milchmädchenrechnung auf: Sie nehmen einfach den kassenmäßigen Überschuss aus 2016 für bare Münze und erklären damit kurzerhand alle Probleme für gelöst.

Dabei wissen Sie selbst: Der Kassenüberschuss ist nur eine technische Momentaufnahme, die über die wahre Kassenlage kaum etwas aussagt.

Entscheidend ist die Haushaltsrechnung, die bekanntlich ganz anders aussehen wird.

Man könnte meinen: Die SPD stützt ihre Politik auf ihre ganz eigenen „alternativen Haushaltsfakten“.

Rechnet man dann noch zusammen, was Sie in den Ausschussberatungen alles beantragt haben, stünde unterm Strich sogar eine weitere SPD-Deckungslücke von 400 Mio. Euro – 400 Mio., die Sie nicht gegenfinanziert haben!

Fünf Jahre lang haben Sie die Dinge schleifen lassen – bei der Wohnraumförderung, der Krankenhausförderung, der Haushaltssanierung.

Und jetzt, wo Sie nicht mehr in der Verantwortung sind, heißt es plötzlich: „Feuer frei für jede nur denkbare Mehrforderung!“
So schlicht gestrickt, so vordergründig können Sie selbst als Opposition nicht Politik machen.

Das gilt besonders auch für die Bildungspolitik:

Wir haben den Lehrerstellen-Abbaupfad der SPD geerbt, mit dem Sie ursprünglich über 1.000 Lehrerstellen in diesem Jahr streichen wollten.

Aus diesem Stellenstreichungs-Vermächtnis machen wir mit den Beschlüssen der Koalition jetzt sogar ein Netto-Stellen-Plus bei den Schulen

– durch zusätzliche Investitionen in Informatik, Inklusion und Ganztagsunterricht.

Wir stärken die Grundschulen mit mehr Lesen, Schreiben, Rechnen, was Sie immer nur angekündigt, aber nie umgesetzt haben.

Wir stärken die Realschule als die attraktive, leistungsfähige Mitte unseres Bildungswesens.

Und wir sorgen dafür, dass Qualität und Leistung an baden-württembergischen Schulen endlich wieder zählen.

Wir setzen mit dem Haushalt wichtige Impulse.

Gerade bei den Investitionen in unser Landesvermögen haben wir in den Beratungen noch einmal deutlich nachgebessert.

Insgesamt 90 Mio. Euro zusätzlich gegenüber dem ursprünglichen Ansatz stehen für den Straßenbau bereit.

Damit erzeugen wir starken Extraschub für die Auflösung des Planungs- und Sanierungsstaus.

Beim Breitbandausbau vervielfachen wir die jährlichen Ausgaben der vergangenen Jahre.

Und wir schieben nun noch eine Verpflichtungs-ermächtigung über 25 Mio. nach, damit die Breitbanderschließung mit voller Dynamik durchstarten kann.

Denn wir wollen, dass Baden-Württemberg mit seiner Infrastruktur fit wird für die digitale Zukunft – und das gerade auch im ländlichen Raum, für den die Digitalisierung spannende Perspektiven bringt.

Wir investieren in Innovation und technologischen Wandel – mit dem Cyber-Valley oder mit unseren Initiativen für eine neue Gründerkultur im Land.

Die Landeswohnraumförderung stocken wir ebenfalls kräftig auf – von 205 Mio. Euro im letzten Jahr auf 250 Mio. in diesem.

Und wir rollen das Programm flächendeckend aus, erhöhen die Einkommensgrenzen und lassen so mehr Menschen im ganzen Land davon profitieren.

Denn wir wollen, dass jeder eine bezahlbare Wohnung finden kann. Wohnraum ist eine soziale Frage – gerade in einem Boom-Land wie Baden-Württemberg.

Wir stellen uns dieser Frage und geben Antworten darauf, und zwar mit einer deutlich größeren Anstrengung, als es in den letzten Jahren unter SPD-Verantwortung jemals der Fall war.

Das zentrale Thema auch dieses Landeshaushalts ist die innere Sicherheit.

Wir haben eine in der Landesgeschichte einmalige Sicherheitsoffensive gestartet -

mit 1.500 neuen Stellen für die Polizei, die wir ab diesem Jahr sukzessive schaffen,

mit mehr Stellen für Staatsanwälte und Richter,

mit einer Stärkung des Verfassungsschutzes,

und mit mehr Mitteln für die moderne Ausrüstung unserer Sicherheitskräfte

In Zeiten des Terrors geht es darum, Bürgerrechte und Sicherheitsinteressen in eine neue, angemessene Balance zu bringen.

Das heißt in aller Klarheit: Wir müssen die Bürger nicht vor dem Staat schützen, sondern die Bürger müssen vom Staat geschützt werden.

Es ist doch grotesk, wenn Rot-Rot-Grün in Berlin der Videoüberwachung feierlich abschwört und die Berliner Polizei dann nach dem Terroranschlag Bürger um Handy-Videos bitten musste!

Wir brauchen die intelligente Videoüberwachung.

Wir brauchen die erweiterte Nutzung von DNA-Spuren für die Fahndung. (Der Bundesrat wird morgen die Initiative des Justizministers beraten.)

Wir brauchen schärfere Instrumente für den Umgang mit extremistischen Gefährdern.

Und wir brauchen rechtliche und technische Mittel zur Überwachung von WhatsApp und Co., damit unsere Ermittlungsbehörden ihre Aufgabe auf der Höhe der Zeit erfüllen können.

Darauf kommt es uns an. Und daran arbeiten wir.

Vor genau 200 Jahren, im April 1817, erschien das Hauptwerk des englischen Ökonomen David Ricardo: „Über die Grundsätze der Staatswirtschaft und der Besteuerung“ – ein Klassiker der Außenhandelstheorie.

Ricardo bewies darin erstmals systematisch die Vorteile des Freihandels für alle und die schädliche Wirkung von Importzöllen.

Heute scheint dieses ökonomische Grundlagenwissen bei einigen vergessen, von anderen bewusst missachtet zu werden.

Wir erleben, wie der Protektionismus Urstände feiert, der schon vor 200 Jahren falsch war.

Von Brexit bis Trump belasten die Wiederkehr von Zöllen, Mauern, Abschottungsdenken und Drohgebärden die Weltwirtschaft.

Das Ringen um Freihandel oder Protektionismus wird die nächsten Jahre entscheidend prägen.

Uns in Baden-Württemberg betrifft das elementar:

Daimler beschäftigt Mitarbeiter aus 150 Nationen; Bosch hat Standorte in über 50 Ländern.

Baden-württembergische Unternehmen exportieren Waren für fast 200 Milliarden Euro.

Jeder dritte Arbeitsplatz im Land hängt am Export.

Es ist also klar: Einfuhrschranken, Handelshindernisse und Wirtschaftsnationalismus können nicht die Zukunft sein.

Wir wollen, dass im weltweiten Wettbewerb die besten Produkte und nicht die höchsten Zölle entscheiden.

„Quality first“ – das ist unsere Vorstellung von fairen Beziehungen!
Darum muss es gehen!

Deshalb war es richtig, dass der Ministerpräsident und die Wirtschaftsministerin gerade jetzt im Wachstumsmarkt Indien baden-württembergische Handelsinteressen vertreten haben.

Wir brauchen diese politische Türöffner-Arbeit. Wir brauchen freien Marktzugang für unsere Spitzenprodukte, damit das Modell Baden-Württemberg erfolgreich bleiben kann.

Und wir brauchen Europa. Denn nur als starkes Europa werden wir in einer polarisierten Welt überhaupt noch ernstgenommen werden.

Allen Sorgen zum Trotz: Baden-Württemberg geht es gut. Den Menschen im Land geht es gut.

Wir haben stabiles Wachstum – im ersten Quartal 2017 wahrscheinlich plus 1,5 % im Jahresvergleich.

Wir haben stabile Preise – die Inflationsrate liegt immer noch unter der Zielmarke der EZB.

Wir haben steigende Reallöhne.

Wir haben Beschäftigungsrekorde in Serie.

Und der Aufschwung am Arbeitsmarkt kommt bei allen an: Die Zahl der Langzeitarbeitslosen im Land ist 2016 um 8 Prozent zurückgegangen.

Das ist die beste Form sozialer Gerechtigkeit.

Sozial ist, was Arbeit schafft. – Dieser Satz gilt hier in Baden-Württemberg immer noch und ganz besonders.

Unser Land hat eine starke Substanz, die besten Potenziale, um den Wandel zu gestalten, und alle Chancen auf eine gute Zukunft.

Mit diesem Haushalt und mit unserer Politik stellen wir dafür die Weichen.

Wir setzen klare Investitionsschwerpunkte. Wir gestalten das Land.
Und wir stellen uns der Verantwortung nachhaltiger
Haushaltspolitik.

Baden-Württemberg ist bei uns in guten Händen.“